

Wünsche und Gefahren in der Kommunalpolitik





Lasse Hundsdörfer

Liebe JuLis,

Politik beginnt eigentlich dort, wo wir zusammenleben: In den Schulen, in Jugendzentren, an der Bushaltestelle, in der Innenstadt, die nach 20 Uhr leer ist, oder auf dem Dorfplatz. Kommunalpolitik scheint für viele langweilig, weil sie selten prominente Politiker hat oder der Handlungsspielraum begrenzt wirkt. In Wirklichkeit fängt politische Veränderung aber genau hier an.

Wir junge Menschen haben viele Ideen und Wünsche für das Leben vor Ort. Wir wollen mitgestalten und unsere Perspektiven einbringen, weil wir erleben müssen, was besonders fehlt: ein Ort zum Zusammenkommen, ein sicherer Heimweg in der Nacht, bezahlbare Wohnungen, funktionierendes WLAN, ein Jugendparlament oder Busverbindungen, die tatsächlich bedient werden.

Doch zwischen diesen Wünschen und der realen kommunalpolitischen Praxis liegt oft eine massive Kluft. Viele junge, unpolitische Menschen erleben Politik als abgehoben oder schlicht nicht für sie gemacht. Sie haben das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden – weder als Wähler, noch als Beteiligte. Statt Mitsprache gibt es häufig den Schein von Beteiligung. Um junges Engagement zu fördern, fehlen angeblich die Kapazitäten. Die Folge: Frust und Politikverdrossenheit.

Und dennoch: Immer mehr junge Menschen und vor allem JuLis engagieren sich auch kommunal. Sie kandidieren für Jugendparlamente, engagieren sich in Schülervertretungen oder treten Parteien bei, weil sie selbst mal anpacken wollen.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen in NRW am 14. September 2025 stellt sich deshalb die zentrale Frage: Wie schaffen wir es, die Wünsche junger Menschen ernst zu nehmen und ihre Ängste zu behandeln? Wie sorgen wir dafür, dass Kommunalpolitik nicht nur ein Spielfeld für alte Strukturen bleibt, sondern Raum bietet für frische Ideen?

Die Antworten darauf geben die Autoren dieser Ausgabe. Zuerst gibt Leonard euch einen kurzen Einblick in die momentane Landesbildung und ihre Defizite. Danach erzählt Kai Abruszat in einem Interview, wieso Kommunalpolitik für ihn so reizvoll ist und worauf wir bei den Kommunalwahlen achten sollten. Niklas befasst sich dazu mit dem Thema Meinungsfreiheit, während Stefan erläutert, wie liberale Wohnungspolitik aussehen könnte. Anschließend erzählt Daniel, wieso kommunale Finanzpolitik mehr Aufmerksamkeit kriegen sollte, und Justin schreibt über Sicherheitspolitik vor Ort. Schließlich referiert Jessica über Hürden für uns in der Kommunalpolitik und Tom zeigt uns ein leckeres Rezept für den Sommer!

Ich hoffe, das Lesen der Ausgabe bereitet euch Freude und überbrückt ein wenig das Sommerloch. Bei Fragen oder Anmerkungen schreibt uns gerne unter:

julimagazin@julis-nrw.de



Euer *Lasse*



Editorial

der Chefredaktion

Seite 2



Von Zitroneneis und Hauptschulen

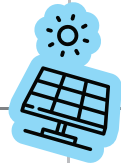
Leonard Kern-Wagner

Seite 4



Interview mit Kai Abruszat zu den Kommunalwahlen

Seite 6



Seite 8



Warum die Meinungsfreiheit nicht gefährdet ist

Niklas Geppert

Seite 10



Endlich mehr bauen! Die Lösung heißt Bodenwertsteuer!

Stefan Ermert

Seite 13



Notstand der kommunalen Finanzen

Daniel Zwingmann

Seite 15



Zeitenwende in der kommunalen Sicherheitspolitik

Justin Roth

Seite 17



Herausforderungen als junger Mensch in der Kommunalpolitik

Jessica Bremes

Seite 20



Seite 22



Sommer-Rezept: Melonen-Feta-Minz-Salat

Tom Peters

Seite 25

Autorenaufruf

Werde Teil der Debatte - Deine Stimme zählt!



Seite 26

VON ZITRONENEIS UND HAUPTSCHULEN

Wie die Bildungsvielfalt in NRW auf der Strecke bleibt, warum es mehr Schulautonomie braucht und was all das mit Eis zu tun hat.

Es ist ein heißer Sommertag. Du bist in deiner Lieblingseisdiele und bestellst je eine Kugel Stracciatella, Zitrone und Pistazieneis. Die Verkäuferin stapelt die drei Eiskugeln in einem Hörnchen und garniert sie mit einer Portion Schlagsahne. Alles wie bestellt. Anschließend wirft sie das Ganze aber in einen Mixer, püriert es durch und präsentiert dir den Einheitsbrei mit den Worten: „Zusammengemischt kommt jede einzelne Sorte besser zur Geltung.“ Klingt komisch und das ist es auch.

Aber natürlich geht es in dieser Geschichte nicht wirklich um Eis. Es geht um Schulpolitik. Die Eisarten sind die Schulformen, die Eisdiele ist Nordrhein-Westfalen im dritten Jahr unter Schwarz-Grün und die eigenwillige Eisverkäuferin ist Schulministerin Dorothee Feller. Statt unser mehrgliedriges Schulsystem zu stärken, bewegt sich das politische Handeln nicht nur in NRW immer mehr in Richtung Einheitsschule.

Manche Politiker aus dem linken Spektrum befürworten diese Entwicklung und machen aus ihrem Wunsch auch kein Geheimnis. Ihnen entgegen stehen allerdings die rund 75 Prozent der Eltern, die noch vor wenigen Jahren in einer Allensbach-Umfrage bekräftigten, dass dreigliedrige Schulsystem zu bevorzugen. Zur klaren politischen Mehrheit für Schulvielfalt gehörte traditionell auch die Partei von Frau Feller, die CDU. Das scheint sich zunehmend zu ändern.

Das jüngste Beispiel dafür ist eine Neuerung im NRW-Schulgesetz, die auf Antrag von CDU und Grünen vor wenigen Wochen vom Landtag verabschiedet wurde. Zukünftig sollen Realschulen bereits sofort ab der fünften Klasse binnendifferenzierte Hauptschulbildungsgänge anbieten. Klingt technisch und bedeutet praktisch, dass Hauptschüler sich jeden Morgen mit Realschülern in einer Realschule in dasselbe Klassenzimmer setzen. Der unterrichtende Lehrer soll nun gleichzeitig

die anwesenden Hauptschüler wie Hauptschüler und die Realschüler wie Realschüler unterrichten – zur selben Zeit, am selben Ort, im selben Fach. Was bei all dem auf der Strecke bleibt: die individuelle Förderung. Lehrer an Realschulen sind mit unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert, was den Bildungsstand ihrer Schüler, deren (soziale) Herkunft und Sprachkompetenzen angeht. Dazu kommen äußere Anforderungen, Personalmangel und dichte Lehrpläne. In diesem Umfeld auf die Stärken und Schwächen jedes Einzelnen einzugehen ist eine schwierige Aufgabe. Wenn gleichzeitig auch noch unterschiedliche Schulformen in einem Klassenraum zusammengeführt werden sollen, wird es praktisch unmöglich. Im jüngsten Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung bewerteten die befragten Lehrer die Förderangebote an ihren Schulen schon heute als äußerst durchwachsen.

Als zentrales Argument für die



Bildnachweis: stock.adobe.com School Bus side view von Alx

Reform wird die ausgedünnte Hauptschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ins Feld geführt, die eine Zusammenlegung von Bildungsgängen in bestehenden Schulen erforderlich mache. An den 159 Hauptschulen in NRW (2005 waren es 723) werden in der Tat nur noch 2,4 Prozent der Schülerschaft allgemeinbildender Schulen unterrichtet. Das schleichende Verschwinden der Hauptschule als Schulform in den letzten 20 Jahren ist allerdings kein Naturgesetz. Es ist die Folge genau solcher politischen Entscheidungen. Was jetzt als pragmatische Lösung für Städte ohne eigene Hauptschule verkauft wird, ist in Wahrheit der letzte Sargnagel für eine Schulform, die Generationen von Menschen den besonders frühen Einstieg in die Berufsausbildung ermöglicht hat.

Im Ergebnis trägt die schwarz-grüne Reform also zum Verlust der Hauptschulen bei und erschwert die individuelle Förderung an den Realschulen, die sie ersetzen sollen. Eine Lose-lose-Situation, die bei Schulleiter- und

Lehrerverbänden zu Recht auf große Kritik trifft.

Dabei gehört das Nebeneinander verschiedener etablierter und neuer Schulformen zu den großen Stärken unseres Bildungssystems. Nicht jeder Schüler ist gleich. Es gibt verschiedene Talente, diverse Ausgangspunkte in der eigenen Bildungskarriere und ganz unterschiedliche Ziele. Lebenswege individualisieren sich seit Jahrzehnten zunehmend. Warum gerade in dieser Situation die Schulzeit junger Menschen vereinheitlicht werden soll, ist nicht nachvollziehbar. Für ein Land ohne relevante Vorkommen an Bodenschätzen ist unsere Generation die wichtigste Ressource für zukünftigen Wohlstand. Um diese auszubilden, braucht es die stärkere Förderung persönlicher Begabungen, eine engere Kopplung von Schule und Berufspraxis und mehr Differenzierung zwischen den Schulen, sowohl hinsichtlich ihrer Form als auch in der Gestaltung des Schulalltags vor Ort. Die Lösung liegt grundsätzlich nicht im Fünfjahresplan des Bildungskapitels eines

Koalitionsvertrags, sondern in einer deutlichen Ausweitung der Gestaltungsfreiheit jeder Schule. Sie sollten eine größere Finanz- und Personalautonomie erhalten, Lehrpläne sollten Lehrern mehr Freiräume gewähren und nicht zuletzt sollte auch der Wettbewerb zwischen den Schulen angeregt werden. Diesen Wettbewerb wollen wir JuLis durch die Einführung von Bildungsgutscheinen erreichen, die Schulen für jeden einzelnen Schüler einen konkreten finanziellen Mehrwert bieten.

In zwei Jahren steht entsprechend auch die Entscheidung auf dem Wahlzettel, wie viel Freiheit Schulen in Zukunft erhalten und wie breit die Schullandschaft in NRW noch sein wird. CDU und Grüne haben sich mit der Reform des Schulgesetzes gegen beides positioniert. Für uns dagegen sollte klar sein, dass es nicht für alle Schüler die gleiche Schule braucht, sondern für jeden die richtige. Vielfalt schmeckt besser, bei der Schulauswahl und beim nächsten Eis.



Leonard Kern-Wagner (25) ist stellvertretender Landesvorsitzender und verantwortlich für die inhaltliche Ausrichtung der JuLis NRW. Ihr erreicht ihn unter: leonard.kern-wagner@julis-nrw.de.



INTERVIEW MIT **KAI ABRUSZAT** ZU DEN KOMMUNALWAHLEN

Kai, du bist schon lange kommunalpolitisch aktiv. Was war dein Einstieg damals - und was motiviert dich heute noch?



Das Schönste an der Kommunalpolitik ist, dass man so unmittelbar mit Menschen zu tun hat. Es gibt kaum etwas Direkteres. Wenn man sich engagiert – sei es für eine neue Buslinie, eine bessere Schulmensa oder gegen den Leerstand in der Innenstadt – sieht man die Ergebnisse schnell. Im Guten wie im Schlechten. Diese Unmittelbarkeit, dieses Gestalten können, das gibt mir jeden Tag das Gefühl: Das ergibt Sinn. Es ist sinnstiftend. Ich glaube, deshalb engagieren sich viele Menschen so gerne auf dieser Ebene. Weil sie erleben: Ich kann hier wirklich etwas verändern.

Was sind deiner Meinung nach die größten Herausforderungen für uns Freie Demokraten im Kommunalwahlkampf 2025 - auch mit Blick auf das, was in NRW passiert?



Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Das ist das Grundkapital jeder Politik, gerade der kommunalen. Viele Bürger sehen heute nicht mehr, was der Staat konkret für sie leistet. Es gibt Verunsicherung, manchmal Frust. Und viele Menschen unterscheiden nicht zwischen den Ebenen – Kommunalwahl, Bundestag, Europa, das verschwimmt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als FDP wieder näher an die Menschen herankommen. Wir müssen präsent sein, zuhören, sichtbar werden. Ich sage immer: Wir müssen wieder dort anfangen, wo unsere Wurzeln sind – in den Ortsteilen, auf dem Wochenmarkt, beim Schützenverein, in der Kita, beim Fußballplatz. Nur wenn wir die Lebensrealität der Menschen ernst nehmen, können wir auch ihr Vertrauen gewinnen.

Gerade viele Julis, die das erste Mal kandidieren, sind oft zurückhaltend oder schüchtern. Was würdest du denen mit auf den Weg geben?



Man muss nicht laut oder extrovertiert sein, um gute Politik zu machen. Im Gegenteil: Viele Menschen schätzen es, wenn man ihnen ruhig, freundlich und auf Augenhöhe begegnet. Mein Rat ist: Einfach

höflich sein, mutig sein, sich vorstellen. Das wirkt viel stärker als jede große politische Rede. Ich habe größten Respekt vor dem jungen Kandidaten, der an der Haustür klingelt und sagt: „Guten Tag, ich bin XY, ich kandidiere für den Stadtrat, weil mir unsere Schule / unser Freibad / unser Stadtteil wichtig ist.“ So beginnt echte Begegnung. Das kommt an – weil es ehrlich ist. Wichtig ist nur: Die erste Schwelle muss man überwinden. Danach wird es leichter.

Heißt das auch: Die politische Bühne in Berlin oder Düsseldorf ist keine Blaupause für kommunale Kampagnen?



Ganz klar: Nein. Und das sage ich mit aller Deutlichkeit. Kommunalpolitik ist komplett anders. Hier geht's nicht um große Reden oder Ideologien. Hier geht's darum, ob der Spielplatz sauber ist, der Bus fährt oder die Schule gut ist. Ich sage jungen Kandidaten immer: Du musst niemandem die Welt erklären. Viel wichtiger ist, dass du Fragen stellst. Zum Beispiel: „Was läuft aus Ihrer Sicht gut im Viertel? Was würden Sie verbessern?“ Wenn ein junger Mensch eine ältere Bürgerin fragt, was sie beschäftigt – dann ist das Gespräch auf Augenhöhe. Und das ist Gold wert.

Nach den schwierigen Ergebnissen der FDP bei der Bundestagswahl - was müssen wir auf kommunaler Ebene anders oder besser machen?



Ich habe mit dem Kapitel Bundestagswahl für den Moment abgeschlossen. Jetzt zählt: 14. September 2025 – die Kommunalwahl. Das muss der Fokus sein. Mein Rat ist: Macht es persönlich! Zeigt Gesicht. Nutzt Social Media, aber vergesse die Straße nicht. Gerade in kleinen Orten oder Stadtteilen gilt: Wer sichtbar ist, wird gewählt. Und: Wer neu ist, hat einen Vorteil. Denn er ist unbelastet, kann frisch starten, kann einfach sagen: Ich bin XY, ich habe Lust, etwas zu bewegen. Wir sollten uns weniger über Bundespolitik aufregen und mehr im Hier und Jetzt arbeiten.

Was wären deine drei goldenen Tipps für junge Einsteiger:innen in die Kommunalpolitik?



Erstens: Geduld. Wer denkt, er kann von heute auf

morgen alles verändern, wird schnell frustriert. Politik ist ein Marathon. Zweitens: Sei du selbst. Steh zu deinen Überzeugungen. Authentizität ist die wichtigste Währung. Und drittens – ganz praktisch: Leb in deinem Wahlbezirk. Besuch die Feste, rede mit den Leuten, zeig dich. Das zählt mehr als jedes Plakat. Und zwar nicht nur im Wahlkampf, sondern dauerhaft.

Viele Menschen sind heute skeptisch gegenüber Politik oder ziehen sich zurück. Wie kommt man trotzdem mit ihnen ins Gespräch – gerade als junger Mensch?



Indem man über Politik erst mal gar nicht spricht. Wenn ich jemanden mit einem Hund sehe, sage ich: „Was für ein schöner Hund!“ So beginnt ein Gespräch. Und dann kann sich alles andere entwickeln. Das Wichtigste ist, in die Lebenswelt der Leute einzutauchen. Ich sage jungen Kandidaten: Denk nicht immer nur an Programme oder Schlagworte. Frag dich: Was brauchen die Menschen hier? Und: Was kann ich dazu beitragen?

Wie stehst du zu Hausbesuchen – ein Instrument, das manche scheuen?



Ich bin ein großer Fan davon. Klar, es kostet Überwindung. Aber wenn man freundlich auftritt, offen ist und vielleicht noch ein kleines Giveaway dabei hat – dann funktioniert das wunderbar. Man bleibt im Gedächtnis. Vor allem im ländlichen Raum sind Hausbesuche nach wie vor sehr effektiv. Und: Nicht vergessen – die Briefwahl startet sechs Wochen vor dem eigentlichen Wahltag. Man muss also früh dran sein.

Was tun, wenn man bei Dorffesten oder Infoständen auf Konfrontation mit politischen Gegnern trifft – oder gar in Diskussionen verwickelt wird, die eskalieren?



Nicht mitmachen. Ich diskutiere nicht, um jemanden zu „besiegen“. Ich will überzeugen. Mein Ziel ist nicht, Sozialdemokraten umzupolen. Ich will Menschen erreichen, die uns vielleicht noch nicht kennen – oder uns nicht mehr wählen. Streit bringt nichts. Es reicht ein freundliches: „Schön, dass Sie da sind.“ Souverän bleiben, freundlich bleiben – das wirkt viel besser als jede Replik.

Wie kann man sich strategisch und inhaltlich am besten auf den Wahlkampf vorbereiten?



Zuerst: Den eigenen Sozialraum verstehen. Was beschäftigt die Menschen hier wirklich? Ist es die marode Turnhalle? Das fehlende Jugendzentrum? Der schlechte Handyempfang? Daraus ergeben sich Themen. Zweitens: Persönlich bleiben. Kandidaten sind keine Werbeplakate. Menschen wählen Menschen. Und drittens: Im Team arbeiten. Wahlkampf macht gemeinsam mehr Spaß – und ist erfolgreicher.

Was wünschst du dir konkret von den Julis im kommenden Kommunalwahlkampf?



Mehr vor Ort, weniger Berlin. Ich weiß, Bundespolitik ist spannend – aber sie ist nicht der Ort, an dem man Politik wirklich lernt. Das passiert in Ausschüssen, im Bezirksausschuss, im direkten Gespräch. Ich wünsche mir mehr Formate, in denen JuLis ältere Menschen treffen. Nicht nur TikTok, sondern auch mal ein Nachmittag mit der AWO oder ein Gespräch mit dem Seniorenrat. Warum? Weil die Generation 60+ die höchste Wahlbeteiligung hat. Wer sie ignoriert, verschenkt Wählerpotenzial.

Warum lohnt es sich gerade jetzt, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren?



Weil Politik wieder greifbarer werden muss – und Kommunalpolitik ist der direkteste Weg dorthin. Man erlebt, wie aus einer Idee ein Antrag wird, aus dem Antrag ein Beschluss – und aus dem Beschluss echte Veränderung. Und wer heute einsteigt, kann in fünf oder zehn Jahren Fraktionsvorsitzender oder stellvertretender Bürgermeister sein. Das ist kein ferner Traum, sondern realistisch – mit Beharrlichkeit, mit Leidenschaft, mit Teamgeist.



Kai Abruszat ist Kommunalpolitiker und FDP-Bürgermeister der Gemeinde Stemwede in Minden-Lübbecke. Ihr erreicht ihn unter: kai.abruszat@vlk.nrw.

Vorstellung Landesvorstand

Fragen:

1. Wie würdest du dich in drei Worten beschreiben?
2. Mit welchem Getränk sieht man dich auf dem Lako/ der Lako-Party?
3. Wer ist dein Lieblingsphilosoph/ -politiker/ -ökonom of all time?
4. Eine schlechte Eigenschaft / Angewohnheit von dir?
5. Das möchtest du für die Julis NRW tun (kurz):



Leonard Kern-Wagner

1. Fröhlich, entspannt, tolerant – Rheinländer halt!
2. Weißwein
3. Ludwig Erhard, weil er geschafft hat, was auch wir Liberale trotz Gegenwind tun sollten: die richtigen Ideen populär machen.
4. Gummibärchen
5. Dafür sorgen, dass so viele junge Menschen wie möglich bei uns den Spaß daran finden, zu ihren eigenen Überzeugungen zu stehen



Anna Luisa Heimann

1. Begeisterungsfähig, tollpatschig, kreativ
2. Cola Zero oder Weißwein (obwohl ich in einem Rotweinanbaugebiet aufgewachsen bin, ups)
3. Finde es super schwierig, mich da festzulegen, wenn ich mich entscheiden müsste, wäre es Alexander Graf Lambsdorff.
4. Alles Mögliche, was ich mache, viel zu oft zu überdenken
5. Cooles Zeug auf Social Media & mehr junge Menschen vom Liberalismus begeistern, die dann ihren Weg zu uns finden



Frederik Bottermann

1. Neugierig, pflichtbewusst, verträglich
2. Bier
3. Cosimo de Medici
4. Ich tue mich schwer, mich kurz zu fassen.
5. Ich will die Professionalisierung der programmatischen Strukturen verbessern, die programmatische Mitwirkung durch umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten fördern, damit die Programmatik der JuLis NRW wieder für ein liberales Lebensgefühl begeistern kann.

Filip Günther

1. Offen, locker, sportbegeistert
2. KÖLSCH!!!
3. Natürlich Falk Neubert, aber der liberale, nicht der von der Linkspartei
4. Ich kann meistens gut ruhig bleiben, aber wenn mir Menschen mit Tunnelblick in der Öffentlichkeit vor die Füße laufen, überkommt mich die Aggression.
5. Ich darf für die Innen- und Außenkommunikation der JuLis NRW verantwortlich sein und kümmere mich darum, unsere Inhalte und Ideen möglichst auffällig in die Öffentlichkeit zu pusten. Reels, Presseaktionen, ganz egal: Besonders bei der Kommunalwahl müssen wir laut sein und dafür setze ich mich ein.





Torben Hundsdörfer

1. Optimistisch, zielstrebig, begeisterungsfähig
2. Cola Light oder Bier
3. Hayek
4. Ungeduld
5. Die JuLis wieder zur spannendsten Jugendorganisation machen



Felix Abruszat

1. Herzlich, musikalisch und essbegeistert
2. Pils
3. John Stuart Mill
4. Zu viele Energydrinks
5. Die Kommunalwahl zu gewinnen und gegen den Trend Ergebnisse für JuLi-Kandidaten holen!



Jonathan Dammermann

1. Pragmatisch, optimistisch, gut gelaunt
2. Erst Aperol, dann Vodka-Lemon und am Ende Wasser
3. Otto Graf Lambsdorff
4. Ich konsumiere alles mit Zucker: Coca-Cola, Haribo, Schokolade ...
5. Professionalisierung unserer Strukturen



Max Baum

1. Frei, frech, fischverrückt
2. Cola-Weizen
3. Aristoteles
4. Immer auf allen Hochzeiten tanzen
5. Freche, witzige und provokante Öffentlichkeitsarbeit!



Janik Büsching

1. Aufmerksam, reflektiert, zielstrebig
2. Bier!
3. Puh ...
4. Meine innere Stimme hat oft gute Ideen. Leider manchmal ein paar Meinungen zu viel.
5. Die nächste Generation fördern und fordern.



Anna Viktoria Schröder

1. Bunt, lebensfroh und energetisch
2. Fiege Pils
3. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
4. Ich trinke jeden Tag mindestens einen Liter Cola Zero
5. Politik machen zu vereinfachen und den Menschen zeigen, wie großartig es ist, sich bei den JuLis zu engagieren



Sebastian Brunnert

1. Entspannt, ehrlich, westfälisch
2. Einem regionalen Bier.
3. Milton Friedman
4. Sehr-Langschläfer
5. Ich möchte im Hintergrund alles dafür geben, dass unsere Strukturen aufgefrischt werden und wir innovative Angebote schaffen. Wir brauchen neue Debattenräume und Trainings, die neue Inhalte und Multiplikatoren der Freiheit schaffen.

Warum die Meinungsfreiheit NICHT gefährdet ist

Ein kritischer Einwurf zur aktuellen Debatte

„Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“

Dieses berühmte Zitat von Voltaire trifft sehr gut den Kern dessen, was wir als Liberale über Meinungsfreiheit denken. Sie ist die Grundvoraussetzung für das Bestehen jeder demokratischen Ordnung sowie für die freie Entfaltung der Persönlichkeit weit über das Politische hinaus. Wir alle haben das Glück, in einem Land zu leben, in dem dieses Menschenrecht im Westen seit 75 Jahren, im Osten seit 35 Jahren an herausragender Stelle der Verfassung abgesichert ist. Und doch wird der Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland in Umfragen von einem großen Teil der Bevölkerung negativ eingeschätzt. Das ist nicht neu, sondern seit Jahren so. Neu ist aber, dass das Thema „Meinungsfreiheit“ seit einigen Monaten ein beherrschendes Thema der politischen Debatte in Deutschland ist, auch in unserem Verband eine immer größere Rolle spielt. Das muss nichts Schlechtes sein, gerade weil die Meinungsfreiheit so wichtig ist, lohnt es, über sie zu diskutieren. Ich widerspreche aber dem dabei oft verwendeten Narrativ, dass die Meinungsfreiheit in diesem Land gefährdet sei. Und ich halte die

Art und Weise, wie diese Debatte geführt wird, teils für undifferenziert, faktenarm und in der Konsequenz leider für gefährlich für unsere demokratische Kultur.

Das geht schon bei der Frage los, was überhaupt Meinungsfreiheit ist.

Grundrechte wirken primär als Abwehrrechte gegen den Staat, sie sollen vor staatlicher Repression schützen. Die Meinungsfreiheit soll davor schützen, dass morgen die Polizei an meiner Tür klingelt, wenn ich heute Friedrich Merz kritisiere. Undifferenziert ist es aber, wenn in der Debatte über Meinungsfreiheit oftmals die Phänomene staatlicher und sozialer Repression vermischt und in einen Topf geworfen werden. Denn vor sozialer Repression soll Artikel 5 unseres Grundgesetzes nur in krassen Ausnahmefällen schützen (bspw. dass mir wegen privater Äußerungen in der Regel nicht mein Job gekündigt werden darf; Juristen nennen das "Ausstrahlungswirkung von Grundrechten ins Privatrecht"). Dazu kommt, dass ich bei vielen Menschen leider das Gefühl habe, dass sie schon bloßen Widerspruch als Angriff auf ihre Meinungsfreiheit verstehen, obwohl

dieser ja gerade Ausdruck der Meinungsfreiheit des Gegenübers ist. Darüber hinaus gibt die Meinungsfreiheit dem Einzelnen weder ein Grundrecht auf Freunde noch darauf, dass ihm von anderen zugehört wird. Ich möchte hier keinesfalls soziale Ausgrenzung befürworten, ich werbe vielmehr dafür, Meinungsdiversität als Bereicherung unserer Demokratie zu schätzen. Eine Ordnung, in der Private wie der Staat verpflichtet sind, jede Meinung gleich zu behandeln und allen ein Forum zu bieten, kann aber auch nicht im liberalen Sinne sein. In einer freien Gesellschaft kann man vielmehr vom Einzelnen, der so überzeugt von seiner Meinung ist, dass er sie äußert, den Mut verlangen, sie auch bei heftigem Widerspruch zu verteidigen und für sie einzustehen, auch wenn es manchmal unbequem ist. Denn Demokratie ist nicht bequem. Ich halte es überdies für eine moralische Pflicht des verfassungstreuen Staatsbürgers, die Möglichkeiten, die einem die eigene Meinungsfreiheit gibt, zu nutzen, um extremistischen Positionen klar und hart zu widersprechen. Wehrhafte Demokratie muss von uns allen gelebt werden.





Bildnachweis: https://stock.adobe.com/de/images/germany-circa-1995-a-postage-stamp-from-germany-showing-a-graphic-of-the-mouth-and-eyes-as-a-symbol-of-freedom-of-expression-basic-ideas-of-democracy/389921412?prev_url=detail

Doch was ist mit der staatlichen Repression?

Auch darüber wurde in den vergangenen Monaten viel diskutiert. Das hängt vielfach mit Einzelfällen zusammen, wie der Hausdurchsuchung aufgrund der Bezeichnung von Robert Habeck als „Schwachkopf“ oder der Bewährungsstrafe wegen eines Memes über Nancy Faeser. Auch ich finde diese Entscheidungen verstörend und frage mich ernsthaft, wie Volljuristen auf so etwas kommen können. Es ist aber verfehlt, gesellschaftliche und juristische Grundsatzdebatten anhand von selektiven Einzelfällen zu führen. In Deutschland saßen schon Menschen jahrelang für Morde im Gefängnis, die sie nie begangen haben, was eigentlich in einem Rechtsstaat nie passieren darf.

Trotzdem nimmt man diese Fälle nicht zum Anlass, eine grundlegende Strafrechtsreform zu fordern. Jedes Recht, egal wie gut es ist, birgt immer die Gefahr, im Einzelfall falsch ausgelegt zu werden. Wer seriös den Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland beurteilen möchte, muss sich mit Artikel 5 des Grundgesetzes und seiner Auslegung

durch das Bundesverfassungsgericht beschäftigen, denn diese ist am Ende immer entscheidend.

Wie sieht es da aus? Das Grundgesetz schützt erst mal alle Meinungen, also subjektive Wertäußerungen über jedes Thema, dazu grundsätzlich auch Tatsachenbehauptungen, es sei denn sie sind offenkundig unwahr („Der Himmel ist grün“) oder rein statistischer Natur (Höhe des Eiffelturms). Für den Schutz unerheblich ist wo, in welcher Ausdrucksweise oder über welches Medium eine Meinung geäußert wird.

Was es braucht um diesen Schutz einzuschränken? Zunächst ein „allgemeines Gesetz“, das heißt, ein Gesetz, welches Einschränkungen für Meinungsäußerungen regelt, ohne aber sich explizit gegen eine bestimmte Meinung zu richten (das Bundesverfassungsgericht hat hier lediglich für den Volksverhetzungsparagrafen eine Ausnahme gemacht, der Beschönigungen des Holocausts unter Strafe stellt). Ein Beispiel dafür ist der Beleidigungsparagraf, der bestimmte Formen der Meinungsäußerung unterbindet, aber eben nicht nach Inhalt differenziert. Das Bundesverfassungsgericht

hat aber mit der sogenannten Wechselwirkungslehre noch einen gleich dreifachen Schutz hinzugefügt, der die Meinungsfreiheit vor übermäßigen Beschränkungen schützen soll. Erstens müssen Gesetze, die die Meinungsfreiheit beschränken, wegen der hohen Bedeutung der Meinungsfreiheit schon allgemein eher restriktiv ausgelegt werden. Zweitens ist in jedem Einzelfall zu begründen, ob wirklich andere schutzwürdige Interessen so hoch zu gewichten sind, dass eine Einschränkung der Meinungsfreiheit im konkreten Einzelfall gerechtfertigt ist. Drittens ist bei der Interpretation der jeweiligen Äußerung zu beachten, dass bei mehreren möglichen Interpretationen diejenige zu wählen ist, die noch unter den Schutz der Meinungsfreiheit zu stellen ist. Gerade diese Hürde hat in der Vergangenheit oft dazu geführt, dass auch dem Anschein nach klar beleidigende Äußerungen von den Gerichten zugelassen wurden, wie im Fall von Beleidigungen gegen die Politikerin Renate Künast. Diese Rechtsprechung ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten weitgehend konstant geblieben und hat sich eher noch weiter in Richtung einer größeren Mei-



nungsfreiheit bewegt. Kurzum: Es ist selbstverständlich legitim, wenn man die bestehenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit kritisiert. Auch ich halte eine Abschaffung des Beleidigungsparagrafen für eine Idee, über die es sich lohnt, zu diskutieren. Falsch ist aber zu behaupten, der Korridor rechtlich zulässiger Meinungsäußerungen habe sich in den letzten Jahren in Deutschland verengt. Neuere Maßnahmen gegen Hasskriminalität im Netz (viele davon kann man aus liberaler Sicht kritisieren) regeln ja nur die Rechtsdurchsetzung, was man äußern darf, bleibt davon unberührt. Auch diese Frage muss man in einer differenzierten Debatte klar trennen.

Was heißt das nun alles für unsere politische Debatte? Zunächst einmal muss man zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen die Meinungsfreiheit als gefähr-

det sehen. Verantwortungsvolle Politik nimmt Stimmungen von Menschen auf und berücksichtigt sie in der Entscheidungsfindung, plappert ihnen aber nicht nach. Wir Junge Liberale sollten Einzelfälle wie die oben genannten heftig kritisieren, dürfen aber niemals auch nur den Eindruck erwecken, als gäbe es in Deutschland keine Meinungsfreiheit. Denn klar ist auch: In Zeiten eines Informationskriegs gibt es ausländische Akteure, die selbst die Meinungsfreiheit nicht achten, aber ein Interesse daran haben, diesen Eindruck zu schüren, um unsere Gesellschaft zu schwächen. Wenn seriöse Parteien deren Narrativen hinterherlaufen, sei es aus positiver Absicht, macht man diese glaubwürdiger und salonfähiger. Diesen Fehler dürfen wir Junge Liberale nicht machen.



Niklas Geppert (23) ist Kreisvorsitzender der JuLis Rhein-Kreis Neuss und studiert Jura. Ihr erreicht ihn unter: niklas.geppert@julis.de.



Bildnachweis: stock.adobe.com Young people sitting on megaphone with many hands and speech bubble. Opinion of society.



Endlich mehr **bauen!** Die Lösung heißt **Bodenwertsteuer!**

Mangelnder Wohnraum ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Insbesondere junge Menschen leiden unter den explodierenden Mieten und können sich kaum noch ein Eigenheim leisten. Neben radikalem Bürokratieabbau brauchen wir endlich die Bodenwertsteuer. Wenn die Grundsteuer nur den Wert des Bodens besteuert und Bauen nicht mehr unter Strafe gestellt wird, entsteht mehr Wohnraum, und die Mieten gehen zurück. Dieses Konzept braucht einen zentralen Platz in unserer Programmatik.

Bundestagswahl 2025

Die Linkspartei hat es geschafft, sich aus dem Umfragetief herauszukämpfen, und das nicht nur durch die Eigendarstellung als letzte Hoffnung der politischen Linken, die Brandmauer zur AfD zu verteidigen, sondern insbesondere durch etwas, was sie – genau wie das gesamte linke politische Lager über Jahre hinweg – sträflich vernachlässigt hat: materielle Fragen – oder anders: **Wieviel Geld bleibt am Ende übrig? Wie soll ich mir das alles noch leisten?** Worüber manch ein FDP-Wähler nur müde gähnen mag, ist für die meisten Menschen (und insbesondere junge Menschen) die entscheidende Frage geworden. In Zeiten steigender Lebenskosten werden ebendiese immer mehr zum Politikum. Dass ausgerechnet die Linke, die mitnichten die besten politischen Konzepte zur Bekämpfung dieser steigenden Lebenskosten hat (Stichwort Mietendeckel und Preisaufsicht), mit diesen Themen erfolgreich war, muss einer liberalen Partei mit dem Selbstverständnis einer hohen Wirtschaftskompetenz zu denken geben. Nirgendwo macht sich diese Disparität zwischen Qualität der Konzepte (Deregulierung vs. Enteignung) und der Wahlergebnisse (4 Prozent vs. 8 Prozent) deutlicher, als beim Thema „Wohnen“.

Die Wohnungsfrage ist die entscheidende soziale Frage unserer

Zeit. Für junge Menschen sind die Mieten in Großstädten nur schwer bezahlbar, die Speckgürtel wachsen. Der Traum vom Eigenheim rückt für die meisten in weite Ferne. Aufgabe einer Jugendorganisation muss es sein, dieses Problem – denn es ist eins – anzugehen, und nicht die Betroffenen zu verhöhnen. Dabei kränken die FDP und auch wir wie so oft nicht unbedingt an den Konzepten, sondern insbesondere an der Kommunikation. „**Wir deckeln deine Mieten, damit du nicht mehr so viel zahlen musst**“, klingt halt einfach sehr viel ansprechender, als: „**Wir wollen Deregulierung, damit mehr gebaut wird, damit dann die Mieten nicht mehr steigen und du mehr Auswahl hast**“, obgleich letzterer Vorschlag offenkundig der politisch bessere ist. Wenn der Liberalismus in Deutschland wieder als problemlösende Kraft angesehen werden will, muss er auf eine Art kommunizieren, die direkt und verständlich ist.

Aber nicht nur bei der Kommunikation muss sich etwas ändern, sondern auch bei den Konzepten. Ich bin davon überzeugt, dass die JuLis eine wichtige Forderung noch viel stärker in den Fokus ihrer politischen Kommunikation rücken sollten, um es beim Wähler und der FDP populär zu machen: die Bodenwertsteuer.

Was ist die Bodenwertsteuer?

Jeder Grundstückseigentümer

zahlt in Deutschland Grundsteuer. Die Art und Weise wie diese Steuer erhoben wird, unterscheidet sich jedoch von Bundesland zu Bundesland. Seit der Grundsteuerreform 2019 haben die Länder entweder eigene Modelle entwickelt oder das Bundesmodell adaptiert. NRW fällt leider in letztere Kategorie. Beim Bundesmodell fließen in die Berechnung die Grundstücksfläche, die Wohnfläche, das Alter des Gebäudes und noch weitere Faktoren. Das Ergebnis: Bürokratiehorror für Steuerzahler und Finanzämter. Wird Wohnraum geschaffen, steigt die Steuer. Mit anderen Worten: **Das Bundesmodell stellt Bauen unter Strafe!**

Dagegen ist die Berechnung der Grundsteuer denkbar leicht, wenn sie als Bodenwertsteuer ausgestaltet wird: **Besteuert wird lediglich der unveränderte Wert des Bodens auf dem Grundstück, unabhängig davon, ob er bebaut ist oder nicht.** Keine Ermittlung des Gebäudealters oder der Wohnfläche, der Wert der Immobilie ist für die Besteuerung komplett unbedeutend. Dieses Modell ist nicht nur simpel, es ist auch gerecht und schafft mehr Wohnraum.

Eine faire Art der Besteuerung

Aller berechtigten Steuerskepsis zum Trotz ist die Bodenwertsteuer **notwendig und sinnvoll.** Sie ist nicht nur ein wichtiges Finanzierungsinstrument für die

angeschlagenen Kommunen, sondern ist auch gerecht. Dabei unterscheidet sich die Bodenwertsteuer grundsätzlich komplett von anderen Substanzsteuern wie der **Vermögenssteuer**. Während letztere auf alle Vermögensbestandteile wie Bargeld, Wertgegenstände oder Aktien erhoben wird, bezieht sich letztere nur auf den Wert des Bodens eines Grundstücks. Ein Grund, warum Vermögenssteuern abzulehnen sind, ist, weil **sie einen Wert besteuern, den Menschen mit eigener Kraft geschaffen haben und für den sie bereits zur Kasse gebeten wurden**. Das ist beim Bodenwert anders.

Der Wert, der bei der Bodenwertsteuer besteuert wird, ergibt sich aus der Lage und daher zu einem sehr großen Teil aus dem, was die Gesellschaft um das Grundstück herum geschaffen hat. Liegt das Grundstück in der Düsseldorfer Innenstadt in der Nähe einer Bushaltestelle, erhöht das den Bodenwert. Liegt das Grundstück dagegen in der Eifel und ist die nächste, selten befahrene Bushaltestelle 20 Minuten zu Fuß entfernt, ist der Bodenwert geringer. **Der Bodenwert wird also nicht von der Person geschaffen, die das Grundstück besitzt, sondern von der Gesellschaft**. Weil Boden außerdem stark begrenzt ist und im Gegensatz zu anderen Gütern nicht neu geschaffen werden kann, ist **es nur fair, wenn dessen Nutzung der Gesellschaft vergolten wird**. Dies folgt derselben Logik, mit der wir JuLis seit Jahren einen flächendeckenden CO₂-Zertifikatehandel fordern.

Wir sollten mehr Friedman und George wagen

Ausgehend von dieser Logik, waren bedeutende liberale Denker große Befürworter **der Bodenwertsteuer**. Friedrich von Hayek war von dem Konzept fasziniert, und Milton Friedman sagte, dass sein ideales Steuersystem eine Flat Tax auf alle Formen des Einkommens und eine Bodenwertsteuer beinhalten würde. Henry George ging sogar so weit zu fordern, alle Steuern sollten zugunsten einer Bodenwertsteuer abgeschafft werden. Ich glaube, wir sollten mehr Friedman und George wagen. Ebenfalls benennt der Index der internationalen Steuerwettbewerbsfähigkeit, der unter anderem vom Prometheus Institut herausgegeben wird, seit elf Jahren Estland als das Land mit dem besten Steuersystem, insbesondere weil es eine Grundsteuer hat, die landesweit als Bodenwertsteuer ausgestaltet ist.

Mehr Wohnraum, weniger Miete

Die Bodenwertsteuer bringt auch handfeste Vorteile mit sich. Sie ist sowohl einfacher zu erheben als das aktuelle Scholz-Modell, als auch effizienter. Während beim Scholz-Modell die Steuerlast wächst, je mehr Wohnfläche auf dem Grundstück geschaffen wird, bleibt die Steuerlast bei der Bodenwertsteuer gleich. Es lohnt sich also, das Grundstück so effizient wie möglich zu nutzen. Das führt folglich dazu, dass mehr gebaut wird und Spekulationen reduziert werden. **Das Ergebnis: florierende Innenstädte statt brachliegende Großflächen und Leerstände**. In Pennsylvania, Estland oder Canberra in Australien kann genau das beobachtet werden. Überall dort, wo eine Bodenwertsteuer eingeführt wurde,

sank der Leerstand, ungenutzte Flächen wurden entwickelt, und das Angebot an Wohnraum stieg deutlich. Wer einen Blick auf NRW wirft, dem wird klar, dass wir diese Veränderungen dringend brauchen.

Packen wir es an!

Allerdings ist klar, dass die vollen Vorteile einer Bodenwertsteuer nur dann greifen können, wenn das Baugewerbe massiv **dereguliert wird**. Bebauungspläne und Förderrichtlinien sind nach wie vor viel zu restriktiv, um freies Bauen zu ermöglichen und begünstigen somit indirekt Spekulation, weil sich das Halten eines Grundstücks mehr lohnt, als es zu entwickeln. Wer mehr bezahlbaren Wohnraum will, hat also viele Schrauben, an denen er drehen kann. Für die Kommunalwahl heißt das: Bebauungspläne entschlacken, Nachverdichten und neues Bauland ausschreiben. Für die Landtagswahl heißt das: Bodenwertsteuer statt Scholz-Modell, Baurecht schleifen, Förderrichtlinien anpassen und die Grunderwerbsteuer abschaffen.



Stefan Ermert (23) ist Völkerrechtler und Bezirksprogrammatiker der JuLis Köln/Bonn. Seine Herzensthemen sind Außen- und Sicherheitspolitik sowie die viel zu hohen Mieten. Ihr erreicht ihn unter: stefan.ermert@julis.de.



Notstand der kommunalen Finanzen:

Die unterschätzte Gefahr für unsere Demokratie

Ohne handlungsfähige Städte und Gemeinden verlieren wir mehr als nur gepflegte Straßen und moderne Schulgebäude – es steht die Stabilität unserer Demokratie auf dem Spiel. Kommunen sind die Lebensadern unseres Staatsaufbaus. Doch sie verstopfen: Die Schulden steigen, die Bürokratie wuchert, die Wirtschaft schwächelt. Statt immer neuer Rettungspakete braucht es ein neues Denken – mit Mut zum Schrumpfen, zur Digitalisierung und zum klaren Sparkurs.

Die Last vielfältiger Aufgaben

Es ist der verbreiteten Erwartungshaltung geschuldet, dass der Staat für alles zuständig sein soll. Städte und Gemeinden haben sich über Jahrzehnte immer neue Aufgaben angeeignet, von Straßenbeleuchtung über Sozialhilfe und Kulturförderung bis zum Klimaschutz. Doch mehr Aufgaben bedeuten auch mehr Ausgaben, während die Einnahmen häufig nicht mithalten. Die Folge: fehlende Rücklagen und ein Schuldenberg, der stetig wächst.

Finanzielle Realität, die alarmiert

Allein die nordrhein-westfälischen Städte saßen Ende 2023 auf fast 50 Milliarden Euro Schulden in ihren Kernhaushalten. Wenn man die Eigenbetriebe mitzählt, summiert sich das auf mehr als 63 Milliarden Euro. Rücklagen? Keine. Wachstum? Welches Wachstum? Im Gegenteil: Das preisbereinigte BIP in Deutschland war sowohl im Jahr 2023 als auch 2024 rückläufig. Das ist besonders problematisch, weil die wichtigste kommunale Einnahmequelle,

die Gewerbesteuer, eng an die Wirtschaftsleistung gekoppelt ist.

Der Sozialstaat kollabiert zuerst vor der eigenen Haustür

Mehr als die Hälfte der kommunalen Ausgaben fließen inzwischen in soziale Leistungen. Und das ist nur der Anfang: Der demografische Wandel wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Immer mehr ältere Menschen benötigen Unterstützung, während zugleich weniger Beitragszahler da sind. Für Kommunen heißt das weiterhin: steigende Kosten, sinkende Einnahmen. Wenn wir ehrlich sind, können Städte und Gemeinden diesen Wandel nicht mit alten Konzepten auffangen. Es braucht jetzt eine Priorisierung und manchmal auch das bewusste Nein zu lieb gewonnenen Zusatzangeboten.

Digitale Verwaltung statt Formular-Folklore

Der Weg aus der Misere? Bürokratieabbau, Digitalisierung und konsequente Aufgabenreduktion. Stellennachbesetzungen gehören auf den Prüfstand. Prozesse müssen automatisiert, Routineaufgaben digitalisiert werden. Die südkoreanische Hauptstadt Seoul zeigt, wie es geht: Dort werden Verwaltungsvorgänge seit Jahrzehnten konsequent digitalisiert. Warum also nicht auch in Bonn, Borken oder Burbach? Künstliche Intelligenz kann Formulare prüfen und Anträge vorsortieren, Chatbots können Bürgerfragen beantworten. Das spart Zeit, Geld und Nerven.

Entlastung aus eigenem Antrieb

Wer auf traditionelle Rettungspakete setzt, irrt. Bund und Länder kämpfen mit ihren eigenen Haushaltsproblemen. Das Altschulden-Entlastungsgesetz in NRW wird die kommunale Verschuldung nicht dauerhaft lösen. Im Gegenteil, es belastet schon jetzt den Landeshaushalt zusätzlich. Sinnvoller wäre es, die Finanzierung von Aufgaben, die Bund oder Länder an die Kommunen übertragen, verlässlich und fair zu regeln. Eine Rückkehr zu den Kernaufgaben hat nicht das Ziel, Städte und Gemeinden arm zu machen. Es geht darum, ihnen wieder mehr Handlungsspielräume für die echten Herausforderungen vor Ort zu ermöglichen. Nicht jede Stadt braucht ein millionenschweres Opernhaus oder das nächste Prestigeobjekt. Was zählt, ist eine solide Daseinsvorsorge – effizient, digital und nachhaltig finanziert. Die Zahlen sprechen für sich. Ohne entschlossene Reformen droht vielen Städten und Gemeinden die Zwangsverwaltung. Nicht aus bösem Willen, sondern oft auch wegen Mutlosigkeit bei Entscheidungen vor Ort. Eine lebendige Demokratie braucht funktionierende Kommunen. Wer Mitsprache und Mitgestaltung vor Ort ermöglichen will, muss die kommunalen Strukturen stärken. Jetzt ist der Moment, um umzudenken. Packen wir es an!



Daniel Zwingmann arbeitet als Luftverkehrskaufmann und ist Bezirksvorsitzender der JuLis Düsseldorf. Die langfristige Stabilität kommunaler Finanzen und Weitblick bei der Wirtschaftspolitik sind ihm besonders wichtig. Ihr erreicht ihn unter: daniel.zwingmann@julis.de.



Liebe Julis,

Die Europäische Union sieht sich aktuell mit den größten Herausforderungen seit ihrer Gründung konfrontiert. Unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit schwindet, unsere Verteidigungsfähigkeit steht infrage, und autokratische Staaten gewinnen immer mehr Einfluss.

Während China massiv in künstliche Intelligenz und weitere Zukunftstechnologien investiert, um zur digitalen Supermacht aufzusteigen, die USA mit Protektionismus und knallharter Wirtschaftspolitik versuchen, den globalen Wettbewerb zu dominieren, und Russland weiterhin die Ukraine attackiert und damit die Stabilität unseres Kontinents bedroht, blockiert sich die Europäische Union selbst durch übermäßige Bürokratie und ineffiziente Regelungen.

Dabei ist es höchste Zeit, in den Wettstreit um die Zukunft der globalen Ordnung einzusteigen und Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit zu finden. Europa braucht dringend einen Kurswechsel.

Die Europäische Union darf nicht länger für lahme Kompromisse und Stagnation stehen – sie muss wieder ein Synonym für wirtschaftlichen Aufschwung und Fortschritt werden. Doch genau hier liegt das Problem: Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von der europäischen Politik nicht wahrgenommen. Zu lange drehten sich die Debatten um neue Regulierungen und Verbote, während Wachstum und Wohlstand in den Hintergrund rückten.

Doch das wollen wir ändern. Europäische Politik darf nicht als fern, kompliziert und undurchsichtig wahrgenommen werden. Es ist an der Zeit, Europa wieder greifbar zu machen.

Genau dafür gibt es unseren Podcast „MASZ & Moritz“ – weil Europa verständlich, transparent und relevant sein muss. Zu oft bleibt europäische Politik abstrakt und wirkt wie ein bürokratisches Konstrukt, das mit dem Alltag der Menschen wenig zu tun hat. Dabei bestimmen die Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, unseren Alltag: Sie beeinflussen unsere Wirtschaft, unsere Sicherheit und unsere Zukunft. Hier bringt unser Podcast Klarheit.

Gemeinsam mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann bringen wir euch die zentralen Debatten aus Brüssel näher – ohne Filter, ohne Floskeln, aber mit einer Prise Humor. Wir zeigen, welche Machtkämpfe wirklich hinter den Kulissen laufen, wer die Fäden zieht und warum Europa dringend aufhören muss, naiv zu sein. Wir sprechen Klartext darüber, was Europa wirklich braucht, damit es auch in Zukunft seinen Einfluss global geltend macht. Denn dafür reicht es nicht, Regeln zu verwalten und Verbote auszusprechen – wir müssen Politik an der Realität ausrichten und strategisch handeln.

Jetzt den QR-Code scannen und Reinhören!
<https://www.fdp.de/maszundmoritz>

Viele Grüße,

Ihr Moritz Körner MdEP



@moritz_koerner

@moritz_koerner

@moritzkoerner

Moritz Körner

„MASZ & MORITZ | Der Europa-Podcast der Freien Demokraten“



Bildnachweis: stock.adobe.com Traffic sign: Right U-turn sign on cement pole beside the rural road with white cloudy bluesky and mountains background, copy space.

Zeitenwende – ein Begriff, der seit dem russischen Angriff auf die Ukraine zum politischen Leitsignal geworden ist. Er steht längst nicht mehr nur für außen- und sicherheitspolitische Weichenstellungen auf Bundesebene, sondern für einen zunehmend erforderlichen Mentalitätswechsel. Auch auf kommunaler Ebene ist ein Umdenken gefragt. Denn die Herausforderungen reichen von Alltagskriminalität über Cyberattacken bis hin zu antisemitischen Vorfällen und Gewalt gegen Einsatzkräfte.



Veränderte Bedrohungslage

Nicht nur der russische Angriff auf die Ukraine, sondern auch der Angriff der Hamas auf Israel haben zu weitreichenden sicherheitspolitischen Folgen geführt, die sich auch auf kommunaler Ebene auswirken. Das zeigt vor allem die Zunahme erfasster antisemitischer Vorfälle. Laut Untersuchung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS) sind 2024 insgesamt 940 antisemitische Vorfälle in NRW erfasst worden. Im Vergleich zum Vorjahr

entspricht das einem Anstieg von rund 42 Prozent. Zu den Vorfällen selbst kommt es insbesondere im öffentlichen Raum – auf der Straße, in Bildungseinrichtungen, im ÖPNV und an Gedenkorten. Gerade aus dem islamistischen und linksextremen Spektrum kommt es zu solchen Anfeindungen und Straftaten. Dieser Befund zeigt, dass jüdische Menschen in Deutschland, und insbesondere NRW, wieder Angst haben müssen, auf die Straße zu gehen. Er markiert somit den gesellschaft-

lichen Notstand und die politische Bankrotterklärung. Wer diese Entwicklung als ein ausschließliches Problem des Bundes oder des Nahen Ostens versteht, verkennt, was auf dem Spiel steht: die liberale Demokratie selbst.

Die unterschätzte Gefahr: Alltagskriminalität

Doch nicht nur antisemitische Gewalt gefährdet die innere Sicherheit und den inneren Frieden. Auch die scheinbar banal wirkende Alltagskriminalität hat in vielen Kommunen wieder zugenommen. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik NRW 2024 verzeichnete das Land Zuwächse bei Häuslicher Gewalt (1,9 Prozent), Wohnungseinbrüchen (5,2 Prozent) und der Anwendung von Messern als Tatwaffe (20 Prozent). Damit gehen aber auch Widerstand und tätliche Angriffe auf die Polizistinnen und Polizisten einher. Hier sind die Fälle um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Solche Straftaten beeinträchtigen das subjektiv Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ganz konkret und sind für viele Alltag geworden. Genau hier beginnt der Vertrauensverlust in den Staat. Kommunale Sicherheitspolitik ist kein Nebenschauplatz, sondern das Fundament des liberalen Zusammenlebens.

Das neue Spannungsfeld: digitale Kriminalität

Während der öffentliche Raum zunehmend unsicherer wird, verlagert sich ein weiteres Spannungsfeld ins Digitale. Cyberkriminalität,



Identitätsdiebstahl, Betrug, Deep-fakes – längst sind Städte und Kommunen Ziele digitaler Angriffe geworden. Gleichzeitig erleben Hass im Netz, Verschwörungsmymen, Desinformationen und politische Radikalisierung, befeuert durch die sozialen Medien, Konjunktur. In NRW zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024, dass diese Vorfälle um rund 7,8 Prozent zugenommen haben. Die dadurch entstandene Schadenssumme beläuft sich auf etwa 32,5 Millionen Euro. Hier kommen zusätzlich Fälle von Auslandsstraf-taten hinzu. Die dadurch entstandene Schadenssumme beträgt 30 Millionen Euro. Wer glaubt, Kommunen seien hier ohnmächtig, täuscht sich. Es braucht endlich digitale Präventionsarbeit vor Ort und Cybersicherheitskonzepte in der Verwaltung. Eine liberale Gesellschaft darf den digitalen Raum nicht der Radikalisierung über-lassen – sie muss ihn verteidigen.

Zeitenwende ernst nehmen: Sicherheit als kommunale Aufgabe und liberale Leitidee begreifen

Die liberale Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Schutzfunktion des Staates – nicht nur auf Bundes-ebene, sondern insbesondere dort, wo Menschen wohnen, arbeiten und ihre Kinder in die Kindertagesstätte oder Schule schicken: in den Kommunen. Das muss die zentrale Annahme der liberalen Leitidee in der kommunalen Sicherheitspolitik sein. Denn liberale Kommunalpolitik begreift Sicherheit nicht als Einschränkung, sondern als Voraussetzung für



Bildnachweis: stock.adobe.com Antisemitismus (Antisemitism), „hashtag or posting on social media, texts or the breaking news. Incitement and violence against Jewish or non-Jewish von Westlight

Freiheit. Sie schützt Grundrechte und wahrt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sicherheit muss nicht laut, aber wirksam sein.

Konsequent gegen Antisemitismus und Extremismus

Liberaler Politik kennt keine Toleranz gegenüber Intoleranz. Wenn Jüdinnen und Juden in NRW wieder Angst haben müssen auf die Straße zu gehen, dann ist das ein Angriff auf uns alle und auf das Fundament unserer offenen Gesellschaft. Antisemitismus ist daher nichts weniger als der Seismograf für den Zustand einer Gesellschaft. Daher muss die liberale Antwort unmissverständlich, machbar und präventiv sein. Es braucht ein konsequentes Vorgehen gegenüber Antisemitismus, insbesondere dem institutionalisiert gewordenen, der sich zunehmend im linksextremen und islamistischen Spektrum manifestiert. Denn Antisemitismus kommt heute nicht nur in rechtsextremen Randgruppen vor, sondern tarnt sich als Israelkritik auf Schulhöfen, wird in linken Kreisen relativiert oder findet in radikalisierten Moscheevereinen wie DITIB Duldung und Zustim-

mung. Wer bei antisemitischen Parolen auf „Free Palestine“-Demonstrationen schweigt, wer in Schulen oder Universitäten wegsieht, wenn jüdische Schüler und Kommilitonen angefeindet werden, bietet dem Hass einen Nährboden. Liberale Politik darf sich daher nicht wegducken, sondern muss rote Linien ziehen – gegen Moscheevereine, in denen Antisemitismus verbreitet wird, gegen linke Initiativen, die das Existenzrecht Israels delegitimieren, gegen NGOs, die antisemitische Narrative unter dem Deckmantel der Menschenrechte verbreiten.

Alltagskriminalität ernst nehmen – Sicherheit als Fundament für Freiheit

Das Vertrauen in den Rechtsstaat und dessen Durchsetzungsfähigkeit im Alltag ist entscheidend für das Sicherheitsgefühl der Menschen. Liberale Sicherheitspolitik muss daher mutig sein und auf Präsenz, Prävention und konsequente Rechtsdurchsetzung bauen. Dafür braucht es mehr sichtbare Präsenz durch kommunale Ordnungskräfte und die Polizei. Aber auch Präventionsarbeit, mit Blick auf die Jugendkriminalität

und Sozialarbeit an Brennpunktschulen, muss Bestandteil des kommunalen Sicherheitskonzeptes sein. Doch gerade unsere Einsatzkräfte vor Ort müssen geschützt werden. Toleranz gegenüber Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten darf es nicht geben. Liberale Sicherheitspolitik muss also genau dort ansetzen, wo Vertrauen verloren gegangen ist und durch Sicherheit Freiheit schaffen.

Den digitalen Raum verteidigen - Freiheit braucht Schutz auch im Netz

Städte und die kommunalen Verwaltungen sehen sich schon heute Cyberangriffen, Desinformationskampagnen gegen politische Institutionen und Hassbotschaften im Netz gegen Ehrenamtliche oder Kommunalpolitiker ausgesetzt. Daher braucht es dringend

den Aufbau kommunaler Cybersicherheitsstrukturen. Auch die Schulung und Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeitern zählt hierzu sowie die Stärkung von Medienkompetenz und kommunaler Öffentlichkeitsarbeit gegen Desinformationskampagnen.

Was also nun bedeutet liberale Sicherheitspolitik im Kontext der Zeitenwende auf kommunaler Ebene?

Die sicherheitspolitische Zeitenwende hat also längst die kommunale Ebene erreicht. Was als außenpolitischer Wendepunkt begann, hat zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel im innenpolitischen Selbstverständnis geführt. Die liberale Sicherheitspolitik versteht sich dabei nicht als reaktive Ordnungspolitik, sondern als vorausschauende Verteidigung

der Freiheit – im Alltag, im digitalen Raum und gegenüber wachsendem Extremismus. Es geht darum, Sicherheit zu schaffen und zu gewährleisten, um die Freiheit zu sichern. Daher muss liberale Sicherheitspolitik drei zentrale Handlungsfelder miteinander verbinden: den Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus, die Stärkung des Rechtsstaats im Alltag und die Verteidigung des digitalen Raumes. Im Kern geht es darum Verantwortung dort zu übernehmen, wo Freiheit gelebt wird: in den Städten und Gemeinden. Sicherheit ist daher nicht das Gegenteil von Freiheit, sondern ihr Garant. Wer Freiheit bewahren will, muss Sicherheit gestalten. Genau hier setzt eine moderne und liberale Kommunalpolitik an.



Justin Roth (23) studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal und ist Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Wuppertal und Kandidat für die Kommunalwahl in seiner bergischen Heimat. Dabei setzt er sich besonders für eine moderne, wirksame und liberale Sicherheitspolitik ein. Ihr erreicht ihn unter: justin.roth@hotmail.de.



HERAUSFORDERUNGEN ALS JUNGER MENSCH IN DER KOMMUNALPOLITIK – EINE LIBERALE PERSPEKTIVE

Kommunalpolitik ist kein leichter Ort für junge Menschen, aber ein entscheidender. Wer sich als junger Liberaler einbringt, steht oft vor Hürden: mangelnder Respekt, strukturelle Überforderung, ideologischer Gegenwind.

Alter statt Argumente – der Kampf um Ernsthaftigkeit

Eine der größten Herausforderungen für junge Menschen in der Kommunalpolitik ist es, überhaupt ernst genommen zu werden. Viele Gremien bestehen aus älteren Personen, die seit Jahren aktiv und gut vernetzt sind. Erfahrung wird oft automatisch mit Kompetenz gleichgesetzt, während neue Ideen schnell als naive Träumerei abgetan werden.

Junge Menschen müssen sich doppelt beweisen. Ihre Aussagen werden häufiger angezweifelt, und oft werden ihre Beiträge überhört oder mit einem freundlichen Lächeln abgetan. Anstatt die Diskussion auf Augenhöhe zu führen, begegnen sie oft bloßen Zweifeln an ihrer Legitimität. Es wirkt manchmal so, als läge die politische Glaubwürdigkeit im Alter und nicht im Wissen oder in der Überzeugungskraft.

Für Liberale ist diese Einstellung besonders frustrierend, denn unser Grundverständnis basiert darauf, dass jeder die Chance haben sollte, durch Ideen etwas zu bewirken, unabhängig von Alter oder Herkunft. Politik braucht Vielfalt und die Bereitschaft, neue Sichtweisen zuzulassen. Wenn junge Menschen sich engagieren, Verantwortung übernehmen und bereit sind, Zeit und Energie in die

Kommunalpolitik zu investieren, dann haben sie Anspruch auf Respekt und Mitbestimmung – nicht auf Belehrung.

Zwischen Beruf, Studium und Ratssitzung – die Realität des Ehrenamts

Kommunalpolitik ist ein Ehrenamt und findet oft neben Schule, Uni oder Arbeit statt. Während ältere Ratsmitglieder oft im Ruhestand sind oder flexibel arbeiten, müssen junge Menschen zwischen Anwesenheitspflichten, Prüfungen und beruflichen Verpflichtungen jonglieren. Gerade am Beginn des Berufslebens ist das besonders herausfordernd. In der freien Wirtschaft fehlen oft das Verständnis und die Bereitschaft, politisches Engagement zu unterstützen. Freistellungen sind selten. Viele junge Berufseinsteiger wollen Verantwortung übernehmen, stoßen aber auf organisatorische Hürden, die eine aktive Teilnahme erschweren.

Hier ist die Verwaltung gefordert. Sie muss Abläufe schaffen, die allen Beteiligten faire Rahmenbedingungen bieten. Dazu gehören planbare Sitzungen, klare Terminabsprachen, pünktlicher Beginn und moderne Arbeitsweisen – insbesondere digitale Formate. Nach der Pandemie wurden digitale oder hybride Sitzungen

kaum noch angeboten. Dabei haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass kommunalpolitische Arbeit auch online effizient und zugänglich sein kann. Für junge Menschen mit engem Zeitbudget wären solche Formate eine echte Entlastung.

Wer politische Beteiligung ermöglichen will, muss auch strukturell dafür sorgen. Politik darf kein exklusives Hobby für Menschen mit viel Freizeit sein. Sie muss mit einem modernen Alltag vereinbar sein.

Liberal, jung, unbequem – inhaltliche Auseinandersetzungen

Der Liberalismus steht dabei für die Freiheit des Einzelnen und für ein faires Spielfeld für alle. Das bedeutet auch, staatliche Eingriffe kritisch zu hinterfragen, Bürgerrechte zu stärken und Chancen zu schaffen, statt Gleichmacherei zu betreiben. Diese Haltung ist unbequem – aber sie ist notwendig. Gerade auf kommunaler Ebene ist es entscheidend, die Balance zwischen Pragmatismus und Ideologie zu finden. Die kommunale Realität besteht oft aus Kompromissen, pragmatischen Lösungen und dem Blick auf das Machbare. Doch genau in dieser Praxisnähe liegt auch eine Gefahr: Der liberale Kompass kann im politischen Alltag schnell verwischen. Entschei-



Bildnachweis: stock.adobe.com Professional journalist interviewing young woman in room, closeup von New Africa

dungen werden nicht immer aus Überzeugung, sondern mit Blick auf mögliche Mehrheiten getroffen – oft auch mit Partnern wie der CDU, mit der man inhaltlich zwar Überschneidungen hat, aber auch grundsätzliche Unterschiede. Ein besonders sensibles Beispiel ist die Diskussion rund um Videoüberwachung im öffentlichen Raum an Gefahrenschwerpunkten. Auf den ersten Blick mag sie Sicherheit versprechen, doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass sie tief in die Bürgerrechte eingreift, ohne Sicherheit zu schaffen. Genau hier muss die liberale Stimme laut werden. Auch wenn es taktisch einfacher wäre, in solchen Fragen mit konservativen Kräften zu stimmen, ist das nicht der Weg eines konsequenten Liberalismus. Bürgerrechte sind keine Verhandlungsmasse, sondern unverrückbare Grundprinzipien – und sie müssen gerade dort verteidigt werden, wo sie gefährdet sind.

Es ist nicht immer leicht, in solchen Momenten standhaft zu bleiben. Die Versuchung, aus tak-

tischen Gründen Kompromisse zu machen, ist groß – vor allem, wenn es um Mehrheiten geht oder man sich davon politische Zugeständnisse an anderer Stelle erhofft, manchmal auch intern. Doch genau hier zeigt sich, was liberale Politik wirklich bedeutet: Klarheit in der Haltung, auch wenn es unbequem ist. Verlässlichkeit, auch wenn es Gegenwind gibt. Und Überzeugung, auch wenn der Preis hoch ist.

Liberaler Politik heißt nicht, stur zu sein – aber sie heißt, einen inneren Kompass zu haben. Man kann und soll verhandeln, argumentieren und kooperieren. Aber es gibt Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Diese Haltung macht junge Liberale oft unbequem – aber genau deshalb sind sie so wichtig für eine glaubwürdige, wertorientierte Politik.

Politik verändern heißt, sie mitzugestalten

Trotz aller Herausforderungen lohnt sich der Weg in die Kommunalpolitik. Denn sie bietet die

Chance, direkt zu gestalten. Es geht nicht um Parteikarriere oder Prestige – sondern darum, echte Veränderungen anzustoßen: in der Schule vor Ort, beim Wohnungsbau, in der Jugendpolitik oder bei der Wirtschaftsförderung. Junge Menschen bringen eine andere Perspektive mit – eine, die oft fehlt, aber dringend gebraucht wird. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir nicht aufgeben. Dass wir da sind, laut sind, sachlich bleiben und für unsere Überzeugungen kämpfen. Denn nur wer selbst Teil der Politik wird, kann sie verändern. Und Veränderung beginnt oft genau dort, wo man belächelt wird – mit einem klaren Standpunkt, mit Haltung und mit dem festen Willen, etwas zu bewegen.



Jessica Bremes ist Bezirksvorsitzende in

Ostwestfalen-Lippe. Ihr erreicht sie unter:

Jessica.bremes@julius-nrw.de.

Auf zu neuen Ufern – die ersten Wochen des neuen Landesvorstands Von Torben Hundsdörfer, Landesvorsitzender der JuLis NRW

Seit dem Landeskongress in Mülheim an der Ruhr sind nur wenige Wochen vergangen – aber wer glaubt, wir hätten erst mal locker durchgeatmet, unterschätzt unseren neuen Landesvorstand. Statt Sommerloch: Start-up-Spirit. Statt Selbstbespiegelung: Struktur, Strategie, Substanz. Und vor allem eine riesige Menge neuer Ideen, wie wir als JuLis NRW nicht nur den eigenen Verband weiterentwickeln, sondern auch die FDP mit frischen Impulsen versorgen wollen. Zeit also für einen Blick zurück – und einen entschlossenen Blick nach vorn.

Traditioneller Start der Klausurtagung – mit neuen Ideen



Traditionell sind wir mit einer dreitägigen Klausurtagung richtig ins Amt gestartet. Neben der Lage im Bundesverband. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen die JuLis NRW nicht nur gut führen, sondern als Vorbild für liberale Jugendpolitik im ganzen Bundesgebiet etablieren. In der Organisation, in der politischen Arbeit, in der Kommunikation. Außerdem ist es unser Ziel, euch bei der Kommunalwahl 2025 bestmöglich zu unterstüt-

zen – mit Know-how, Konzepten, konkreter Hilfe. Und: Wir starten in die Vorbereitung der Landtagswahl 2027 – denn diese Wahl wird entscheidend für uns sein.

Inhalt: Programm, Präsenz, Positionen



Politisch haben wir sofort Fahrt aufgenommen. Wir arbeiten jetzt schon mit Hochdruck am Landtagswahlprogramm für 2027 – nicht als interne Schreibübung, sondern als echtes Mitmachprojekt. Unter Leitung von Leo Kern-Wagner und seinem Team – Frederik Bottermann und Janik Büsching – haben wir einen klaren Zeitplan, ein offenes Beteiligungsverfahren und digitale Beteiligungsmöglichkeiten konzipiert. Die Landesarbeitskreise spielen dabei eine zentrale Rolle. Denn klar ist: Wir wollen ein Programm schreiben, das nicht nur vom Ton überzeugt, sondern vor allem auch fachlich fundiert und politisch anschlussfähig ist – mit einem starken liberalen Kompass.

Und wir denken schon weiter: Erste Konzepte zur programmatischen Positionierung der JuLis NRW für kommende Bundes-

kongresse sind in Arbeit – unter anderem zu Themen wie Flat Tax, Führerscheinkosten und Mobilität im ländlichen Raum. Denn wer gestalten will, muss liefern.

Kommunalwahlkampf 2025: Unterstützen, vernetzen, auffallen



Im Zentrum dieses Jahres steht natürlich der Kommunalwahlkampf. Von Aachen bis Xanten und von Bonn bis Bielefeld wird es darauf ankommen, dass wir JuLis vor Ort Präsenz zeigen, Verantwortung übernehmen und liberale Antworten auf kommunale Fragen liefern. Dabei wisst ihr am besten, welche Themen in eurer Stadt zählen – wir liefern die Werkzeuge, Formate und den Support, um damit durchzudringen.

Felix Abruszat und sein Team – Anna Schröder und Sebastian Brunnert – haben ein umfangreiches Unterstützungsangebot aufgebaut: ein kommunalpolitisches PPW, Wahlkampf-Brunches in Köln und Hattingen, ein umfassender Onlinebereich mit Schulungsvideos, Musteranträgen und Vorlagen, dazu individuelle

Hilfe bei konkreten Fragen. Unser Ziel: euch stark zu machen für euren Wahlkampf, ob als Neumitglied oder erfahrene Kommunalpolitikerin.

Organisation: Mehr als nur Termine



Ein guter Verband lebt nicht nur von Inhalten, sondern auch von guter Organisation. Deshalb haben wir in den ersten Wochen viele Weichen für das neue Amtsjahr gestellt: Vom Landeskongress über Weihnachtsfeier, Sommerfest und Neujahrsempfang – wir wollen unserer Veranstaltungen weiterhin für euch spannend und inhaltlich gehaltvoll halten, und ihr könnt euch auf neue Impulse in dieser Hinsicht freuen.

Und: Wir arbeiten an einer neuen Neumitgliederstruktur, unter anderem mit Mentoring-Elementen. Der erste Eindruck zählt – und unser Ziel ist es, dass neue JuLis sich von Anfang an willkommen, informiert und aktiviert fühlen.

Kommunikation: Liberales Comeback im Netz



Auch in der Öffentlichkeitsarbeit setzen wir auf Tatendrang – mit professionellerer Struktur und klarem Fokus. Filip Günther und sein Team – Anna Heimann und Max Baum – kümmern sich darum, dass unsere Kommunikation auf allen Kanälen nicht nur sichtbar, sondern auch wirksam ist. LinkedIn ist wieder aktiv, TikTok wird kreativer, die WhatsApp-Community wächst, und das JuLi-Magazin bekommt ein inhaltliches Update mit stärkerem Landesfokus.

Reels bleiben unser zentraler Social-Media-Kanal – hier wollen wir unterhalten, erklären und mobilisieren. Auch neue Formate und Kooperationen mit erfolgreichen JuLi-TikTokern aus unserem Verband stehen an. Ziel ist eine Kommunikation, die mutig ist, modern und wieder stärker zum Mitmachen anregt.

Finanzen: Verantwortung mit Zahlen



Natürlich haben wir auch die finanziellen Grundlagen im Blick, wofür bei uns Jonathan Dammmermann zuständig ist. Klar ist: Erfolgreiche Wahlkämpfe und

aktive Verbandsarbeit brauchen auch Ressourcen. Aber wir gehen verantwortungsvoll mit Mitgliedsbeiträgen um – und wollen durch Planung mehr möglich machen, ohne mehr zu verlangen.

Ausblick: Mit Mut und Motivation nach vorne



Was bleibt nach diesen ersten Wochen? Ein starkes Team, viele Projekte und ein Ziel: ein echter Aufbruch. Wir wollen der FDP neue Impulse geben, unseren Landesverband modern, offen und engagiert führen – und zeigen, dass der Liberalismus gerade in bewegten Zeiten die besten Antworten liefert.

Wir setzen auf euch – auf eure Ideen, eure Mitarbeit und euren Tatendrang. Denn eines ist klar: Die nächsten Monate werden entscheidend. Ob bei Wahlkampfaktionen oder auf dem Landeskongress – wir freuen uns, euch zu sehen, zu hören und gemeinsam etwas zu bewegen.

Für Kritik und Anregungen sind wir jederzeit offen – meldet euch, schreibt uns, sprecht uns an.

Bis bald & mit liberalen Grüßen
euer
Torben



Torben Hundsdörfer (21) ist Landesvorsitzender der JuLis NRW. Er studiert Jura in Bielefeld und brennt für freie Märkte und die offene Gesellschaft. In seiner Freizeit liest er gerne – alles von Sally Rooney bis Friedrich Hayek. Ihr erreicht ihn unter: torben.hundsdoerfer@julis-nrw.de.



QUALITÄT FÜR MITTELSTAND UND DAS HANDWERK, dank liberaler Wirtschaftspolitik

Scanne den QR-Code für mehr
Informationen auf unserer
Webseite...

www.liberaler-mittelstand.nrw



WER WIR SIND.

Unternehmer und Selbstständige und Handwerker, wir sind Pioniere. Wir erschaffen Arbeitsplätze und neue Erfindungen. Wir sind mehr als die Wirtschaftsmacht von nebenan.



WER IHR SEID.

Ihr seid das Herzstück des Fortschritts. Ihr seid die Klimaretter von mittendrin. Ihr seid die Leistungsträger unserer Fortschrittsgesellschaft. Ihr seid der Wandel, den Deutschland benötigt.

JETZT BIST DU AN DER REIHE...

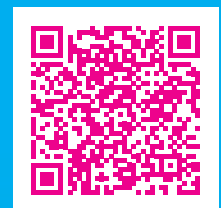
Handwerksbetriebe können schnell auf Veränderungen im Markt reagieren und neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und tragen zeitgleich eine soziale Verantwortung durch die Ausbildung junger Menschen und schaffen Perspektiven zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wir vom Liberalen Mittelstand e.V. geben unseren stillen Helden die Mittel für das 21. Jahrhundert. Sei auch DU Mitglied bei uns und fördere die stillen Helden von morgen.

Nordrhein-Westfalen, das Bundesland mit einer starken Handwerkstradition und einem blühenden Mittelstand, braucht Deine Unterstützung!



Interesse?



Melonen-Feta-Minz-Salat mit geröstetem Knoblauchbrot

Ein frisches Sommerrezept für warme Tage

Einleitung

Wenn es draußen heiß ist, habe ich oft keine Lust auf schwere Küche. Dann gibt es bei mir etwas Leichtes und Erfrischendes – schnell gemacht, aromatisch und sättigend. Genau das leistet mein Melonen-Feta-Minz-Salat. Die Süße der Wassermelone trifft dabei auf die herzhaft-würzige Feta, ergänzt durch kühle Minze und einen Spritzer Zitrone. Dazu serviere ich gerne etwas knusprig geröstetes Knoblauchbrot. Für mich ist dieses Gericht ideal für einen entspannten Abend auf dem Balkon, als frische Beilage beim Grillen oder als leichtes Abendessen an einem vollen Sommertag. Und das Beste: Es steht in weniger als 25 Minuten auf dem Tisch – ganz ohne Stress und mit wenigen Zutaten, die man fast immer zu Hause hat.



SPECIAL

Für den Salat:

- ½ Wassermelone (ca. 700 – 800 g), entkernt und gewürfelt
- 150 g Feta (kein Schafskäse!)
- 1 Handvoll frische Minze, grob gezupft
- Saft von ½ Limette oder Zitrone
- 2 – 3 EL Olivenöl
- Pfeffer, frisch gemahlen
- Salz (nach Bedarf, vorsichtig dosieren)

Optional: Kürbis- oder Sonnenblumenkerne

Für das Brot:

- 4–6 Scheiben Ciabatta, Baguette oder Landbrot
- 1 Knoblauchzehe, halbiert
- 1–2 EL Olivenöl

Optional: etwas Honig

Zutaten (für 2–3 Personen)

Salat:

Melone in Würfel schneiden, dann in einer Grillpfanne oder auf einem Grill kurz ohne Öl anrösten, wichtig dabei ist, die Pfanne oder den Grill davor heiß werden zu lassen. Danach die Melone in eine Schüssel geben. Feta darüber bröseln. Die Minzblätter grob zupfen und mit in die Schüssel geben. Mit Limetten- oder Zitronensaft, Olivenöl und frisch gemahlenem Pfeffer würzen. Salz nur vorsichtig verwenden – Feta bringt meist genug davon mit. Alles vorsichtig durchmischen und kurz durchziehen lassen, damit sich die Aromen verbinden.

Brot:

Brotscheiben mit Olivenöl bestreichen und in einer heißen Grillpfanne oder auf dem Grill goldbraun rösten. Man kann auch eine normale Pfanne benutzen. Nach dem Rösten mit einer halbierten Knoblauchzehe abreiben. Wer mag, kann auch etwas Honig darüber geben – das ergibt einen spannenden Kontrast zur leichten Säure des Salats.

Getränketipp

Dazu passt wunderbar ein gut gekühlter Vermentino – ein trockener Weißwein aus Italien. Er ergänzt die Süße der Melone, die Salzigkeit des Feta und die Fri-

sche der Minze perfekt. Wer es alkoholfrei mag, greift zu Mineralwasser mit Limette und Minze oder einem selbstgemachten Wassermelonen-Eistee. Auch eine leichte hausgemachte Zitronenlimonade mit frischem Basilikum passt gut dazu.

Serviervorschlag:

Den Salat auf einem flachen Teller anrichten, das geröstete Brot separat dazulegen. Für etwas Crunch passen geröstete Sonnenblumen- oder Kürbiskerne hervorragend. Auch ein Hauch Balsamico-Creme rundet den Geschmack ab.



Rezept von **Tom Peters**

Er ist Beisitzer im Kreisvorstand Essen und wurde 2009 geboren. Er kocht mit großer Begeisterung und postet auf Instagram seine Gerichte unter dem Hashtag **#tomisst**.

Autorenaufruf

Werde Teil der Debatte – Deine Stimme zählt!

Mal ehrlich: Meckern kann jeder. Aber wer wirklich was zu sagen hat, sollte es auch aufschreiben. Das **JULIMAGAZIN** lebt von kontroversen Meinungen und kreativen Autoren – und genau da kommst du ins Spiel. Wenn du findest, dass hier zu oft die Feder zu stumpf ist oder deine Perspektive fehlt, dann gibt's nur eine Lösung: Schreibe selbst!

Ob Plädoyers für die Freiheit oder scharfsinnige Analysen – wir wollen deine Meinung und deine Ideen. Wenn du dir nicht sicher bist, wie man am besten ans Schreiben herangeht oder du nicht weißt, worüber du schreiben kannst, haben wir immer ein offenes Ohr für dich!

Frage uns gerne via Mail, schreibe Lasse auf Instagram oder – noch besser – wir sehen uns auf einem LaKo und können direkt persönlich sprechen!

Das **JULIMAGAZIN** bleibt nur so großartig, wie wir es gemeinsam machen. Also: Keine falsche Zurückhaltung. Schreib uns an, bring dich ein und misch die Debatte auf!

Lasse Hundsdörfer
Chefredakteur des JULIMAGAZINS
julimagazin@julis-nrw.de



thinkliberal.de



Exklusiv für Leser des JULI-Magazins: 5 % Rabatt mit dem Code „JULI-KWNRW2025“*

Kommunalwahl 2025: Jetzt strategisch werben mit thinkliberal.de!

Die **Kommunalwahl 2025** in NRW steht vor der Tür – jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Ihre Kampagne professionell aufzustellen! **thinkliberal.de** ist Ihr zuverlässiger Partner für hochwertige **Wahlkampfmaterialien**, **gezielte Werbemaßnahmen** und **effektive Reichweitenstrategien**.

✉ **Direkt in die Briefkästen Ihrer Wählerinnen und Wähler**

Mit unserer **Postaktuell-Einlieferung** bringen wir Ihre Botschaft dorthin, wo sie ankommt: in die Haushalte Ihrer Zielgruppe – **ohne Streuverlust und mit maximaler Wirkung**.

📱 **Mehr Reichweite durch professionelle On-line-Werbung**

Neben gedruckten Werbemitteln übernehmen wir auf Wunsch auch die **Betreuung Ihrer Anzeigenschaltungen in den sozialen Netzwerken**. So steigern wir Ihre digitale Sichtbarkeit und sorgen dafür, dass Ihre Botschaften auch online die richtige Zielgruppe erreichen.

🛒 **Alles aus einer Hand – flexibel, zuverlässig und schnell**

Ob **Flyer, Plakate, Give-aways** oder **digitale Werbemittel** – bei uns erhalten Sie alles, was Sie für einen erfolgreichen Wahlkampf benötigen. Individuell gestaltet, professionell produziert und termingerecht geliefert.

🌐 **Webseiten für Kandidaten und Verbände**

Wir erstellen auch **moderne und mobil-optimierte Webseiten für Kandidaten sowie für Kreis-, Stadt- und Ortsverbände**. Einfach vorab per E-Mail anfragen: info@thinkliberal.de.

📍 **thinkliberal.de – Ihr Partner für liberale Kampagnen.**

Jetzt informieren, bestellen und den Wahlkampf erfolgreich gestalten!



* gültig ab einem Mindestbestellwert von 25,00 € im Zeitraum vom 1. Juli bis einschließlich 13. September 2025

Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Lasse Hundsdörfer (@lhundsdoerfer)

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW e.V.,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon
(0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung

BTW MARKETING,
www.btw-marketing.com

Druck

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben allein die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

